

SHORT NEWS

Hauptstadt: Gréng wiert sech!

Es fehle dem blau-grünen Schöffenrat eine Vision, so die Quintessenz der Kritik seitens der linken Opposition im hauptstädtischen Gemeinderat. Kaum lag das Koalitionsabkommen vor (woxx 1136 „La douceur tranquille“), da meldeten sich schon LSAP und Déi Lénk zu Wort. Den Sozialisten geht das Engagement in Sachen Fußgänger, Radfahrer und Trambahn nicht weit genug. Außerdem sei die Kritik des Schöffenrats an „Einkaufszentren auf der grünen Wiese“ wie in Liwigen nicht glaubwürdig angesichts des Projekts „Ban de Gasperich“. In Sachen Wohnungsbau bemängelt die LSAP, dass zu wenig unternommen werde. Die möglichen Druckmittel gegen nicht oder falsch genutzte Häuser würden nur „analysiert“ werden. Auch die neu im Gemeinderat vertretene Partei Déi Lénk wünscht sich in diesem Bereich konkrete Angaben, wie viele Wohnungen entstehen sollen. Immerhin lobt sie die Ablehnung der Videoüberwachung seitens des Schöffenrats, bescheinigt aber beiden Parteien, „liberal“ zu sein - ein „Vorwurf“, der vor allem auf Déi Gréng zielt. Die grüne Fraktion berief denn auch prompt am vergangenen Montag eine Pressekonferenz ein, um auf die „falschen Behauptungen der Opposition“ zu reagieren. Statt es sich einfach zu machen und auf die fehlenden Visionen seitens ihrer Widersacher zu verweisen, versichern die Gemeinderäte, man verfüge durchaus über eine klare Vorstellung, nämlich die einer „nachhaltigen Stadt“. Der Bau der Tram allerdings hänge vor allem von der Regierung ab, in der die LSAP schließlich vertreten sei. Auch in puncto Druckmittel gegenüber Immobilienbesitzern werde man durchaus handeln, müsse aber die Unzulänglichkeit der gesetzlichen Mittel berücksichtigen. Beim „Ban de Gasperich“ verweisen die Grünen auf ihre frühere Kritik am Projekt, verteidigen es dann aber doch - immerhin sollen dort 1.000 Wohnungen entstehen, davon 100 zu „erschwinglichen“ Preisen. Dass die Aussagen zu Urbanismus und Sozialem sich mehr mit Grünflächen und Sauberkeit beschäftigen als mit Integration und Armut, bestätigt allerdings den Verdacht, die ehemals links ausgerichtete Partei sei liberal und bürgerlich geworden. Immerhin konnten die Grünen beim linken Thema Videoüberwachung punkten. Sie verkündeten, die Kameras seien viel teurer als es der Innenminister zugeben wolle. Dieser hatte in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage die Summe von 2,7 Millionen Euro genannt, dabei aber die Personalkosten unterschlagen. In Wirklichkeit komme man auf etwa sechs Millionen für eine Maßnahme, „die null zur Prävention vom Verbrechen beiträgt“.

Agrarzenter Pëtten: Heute symbolische Aktion

Die Biergerinitiative „En uerdentlechen Site fir den neien Agrarzenter“ (BUSNA), Mouvement Ecologique und Natur an Ëmwelt können nach mehrjährigem Kampf einen Erfolg feiern: Das neue Agrarzenter kommt definitiv nicht nach Pettingen bei Mersch. Die Planungen der „Verband Group“, die einen neuen Standort für die Silo-Anlagen in Mersch gesucht hatte, waren zwar schon sehr weit fortgeschritten, doch wegen des massiven Widerstands wurde dann doch Abstand davon genommen, das neue Zentrum auf einem der letzten Ost-West-Korridore für Wildtierarten in der Region zu errichten. Nachdem auch offizielle Gremien wie der „Observatoire de l'environnement naturel“ zur Schlussfolgerung gekommen waren, der Standort verstoße gegen die Vogelschutz- und Habitatdirektive, begann auch die Regierung darauf zu drängen, einen anderen Standort auszusuchen und unterbreitete eigene Vorschläge. Am heutigen Freitag gegen 11 Uhr wollen die GegnerInnen in einer symbolischen Aktion am geplanten Standort bei Pettingen ihren „Erfolg für die Landesplanung, Naturschutz und gesellschaftliches Engagement“ feiern, aber auch die politischen Lehren aus dem Dossier „Agrarzenter Pëtten“ für die Zukunft ziehen.

René Kollwelter verzichtet ...

auf ein Mandat, das er gar nicht hat. Eigentlich wollte Robert Goebbels (LSAP, 67) sein Europamandat Anfang Dezember einem jüngeren zur Verfügung stellen. Der Zweitgewählte René Kollwelter (62) ist ihm aber nicht jung genug, weshalb er sein Versprechen jetzt nicht mehr einlösen wollte. Um Bewegung in das Kandidatenkarrussell zu bringen, erklärt Kollwelter nicht antreten zu wollen. Demnach dürfte die Sanerner Gemeinderätin Simone Asselborn-Bintz (46) als Drittgewählte ins EP einziehen.

AKTUELL

KLIMAPAKT

Soft Law®

Pia Oappel

Der Gesetzesentwurf zum Klimapakt sieht vor, dass Klimaschutz auf Gemeindeebene freiwillig sein und vorerst ohne konkrete Emissionsziele auskommen soll. Einige Aspekte des Textes werden aber noch überarbeitet.

Im Koalitionsvertrag von 2009 war festgelegt worden, dass der Staat einen Klimapakt mit den Gemeinden schließen soll, damit diese auf lokaler Ebene ihre Treibhausgasemissionen reduzieren können. Ende Oktober brachte der delegierte Nachhaltigkeitsminister Marco Schank (CSV) ein entsprechendes Gesetzesprojekt auf den Instanzenweg. Ab dem Frühling 2012 sollen interessierte Gemeinden Gelder erhalten, wenn sie die Qualität ihres Umweltmanagements zertifizieren lassen.

Um eines der drei Qualitätssiegel des European Energy Award® (oder „eea“, eine eingetragene Marke der Communal Labels GmbH mit Sitz in Zürich) zu erhalten, müssen die Gemeinden einen externen Klimaberater einstellen und mindestens 40, 50 oder 75 Prozent der Punkte in einem Maßnahmenkatalog erzielen. Punkte gibt es, wenn die Gemeinden Konzepte, Strategien und Visionen in sechs klimarelevanten Bereichen entwickelt haben: Raumplanung, Gemeindeinfrastrukturen, Ressourcen und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, Kommunikation und Kooperation.

Auf diesen Vorschlag haben Mouvement Ecologique und die Klimabündnis-Gemeinden mit scharfer Kritik reagiert. Minister Schank fand sich darauf zu einem Gespräch bereit und stellte eine Überarbeitung des Gesetzes in Aussicht. Die Änderungen, über welche die parlamentarische Nachhaltigkeitskommission zur Zeit berät, betreffen in der Hauptsache folgende Punkte: Erstens sollen die Gemeinden ihre Klimaberater selber aussuchen und auf internes Know-How zurückgreifen dürfen. Zweitens soll der im Ausführungsreglement enthaltene Maßnahmenkatalog angepasst und nicht einfach unverändert vom eea übernommen werden (schließlich können die hiesigen Gemeinden beispielsweise die Tarife im öffentlichen Transport nicht senken). Und drittens soll die vom eea geforderte Geheimhaltungsklausel, nach der eine Veröffent-

lichung der Klimaberatungen nicht zulässig ist, gelockert werden.

Ein vierter Punkt bleibt noch zu klären. Grund für die Wahl rein qualitativer Kriterien war nach Aussage Marco Schanks das Fehlen einer zufriedenstellenden Messmethode. Das Argument sei so nicht mehr stichhaltig, meint Mouvement-Präsidentin Blanche Weber gegenüber der woxx. Das Klimabündnis habe bereits im Juli angekündigt, dass es ein „Tool“ namens EcoRegion entwickelt habe, mit dem in mittlerweile drei Pilotgemeinden die lokalen Treibhausgasemissionen präzise genug bestimmt werden können. Der Minister möchte sich das Instrument nun genauer anschauen und verspricht gegenüber der woxx: „Sobald wir die Möglichkeit haben, die Emissionen der Gemeinden verlässlich zu messen, werden quantitative Ziele in den Klimapakt aufgenommen.“ In dem Fall ist vorgesehen, dass die Gemeinden zum Erreichen dieser Ziele auf den Kauf von Emissionsrechten zurückgreifen können - eine Regelung, die nach Meinung von Méco und Klimabündnis aus dem Gesetz gestrichen werden müsste.

Auf die Frage, mit wie vielen Teilnehmern am Klimapakt er rechne, gibt der Minister sich optimistisch. Das Budget sei so ausgerichtet, dass sich mittelfristig etwa 100 Gemeinden zertifizieren lassen können. Geködert werden sie mit 10.000 Euro für die Teilnahme. Das Gesetz sieht für den Zeitraum 2012 bis 2020 zudem ein jährliches Budget von 2,3 Mio. Euro für die Klimaberater und insgesamt 76 Mio. für den „Klimapakt Bonus“ vor - diese gestaffelte Prämie erhalten die Gemeinden, wenn sie eine der drei Zertifizierungskategorien erreichen. Syvicol-Präsident Dan Kersch meint, dass der finanzielle Anreiz ausreiche, um eine Professionalisierung der kommunalen Energiepolitik zu bewirken. Für den Klimaschutz sei das ein „großer Schritt“. Obwohl es sich um eine rein freiwillige Maßnahme handelt? „Gerade weil sie freiwillig ist. Verbindliche Auflagen wären zum Scheitern verurteilt.“